

Kommt die Solarpflicht für alle neuen Dächer?

Energie. Gemeinsam gegen die Klimakrise? Von wegen. Das innenpolitische Chaos würde den Ökostromausbau ab, warnt die Branche. Die Länder sollen nicht länger auf den Bund warten und eine Solarpflicht im Neubau durchsetzen.

VON MATTHIAS AUER

Wien. Eine österreichische Gemeinde nach der anderen ruft den Klimanotstand aus. Fossile Giganten wie die OMV stellen gewaltige Solarparks auf die grüne Wiese. Investmentfonds grasen das Land nach Ökostromprojekten ab, weil sie das große Geschäft mit der sauberen Energie wittern. Immerhin will sich Österreich 2030 zu hundert Prozent mit selbst erzeugtem Ökostrom versorgen. Um das zu erreichen, müsste sich die Ausbaugeschwindigkeit in den kommenden Jahren aber enorm steigern.

Die Realität sieht anders aus: Die Solarbranche soll 2030 etwa 15 Gigawatt installierte Leistung zum Autarkieziel beitragen. Heute steht sie bei einem Zehntel. In jedem der kommenden zehn Jahre müssten also so viele Solarzellen zugebaut werden, wie heute in ganz Österreich im Einsatz sind. Stattdessen stagniert die Branche. Im Vorjahr war der Zuwachs an Solarkraftwerken erstmals rückläufig. Schnüren die Parteien im Sommer

kein „Notpaket“ für das kommende Jahr, werde der Markt um 30 Prozent einbrechen, warnt Herbert Paiarl, Ex-ÖVP-Politiker und Vorstand des Bundesverbandes Photovoltaic Austria.

„Keine Verzögerung leistbar“

„Wir dürfen uns keine Verzögerungen mehr leisten“, bekräftigt auch Leonhard Schitter, Chef der Salzburg AG und Präsident des Branchenverbandes Österreichs Energie. Er drängt auf eine Sondersitzung des Nationalrats im August, damit die unterschiedlichen Anträge für die Ausweitung der Ökostromförderung 2020 vor der Wahl behandelt werden können. Noch herrscht Uneinigkeit zwischen den Parteien, wie die Finanzierung der Erneuerbaren nächstes Jahr genau ausgestaltet werden soll. Die Branche fürchtet daher, dass das Thema im Wahlkampf verwässert und letztlich abgeschossen werden könnte. Es wäre „ein kleines Desaster“, so Paiarl.

„Ich bin aber kein Förder-Onkel“, betont der Unternehmer.

Geld allein bringe weniger als die richtigen Rahmenbedingungen. Nicht alle in Österreich müssten auf die nächste Regierung warten, um etwas zu tun, sagt er. Länder und Gemeinden könnten etwa ab einer gewissen Dachgröße eine Fotovoltaikpflicht für Neubauten vorschreiben, wie es in der Schweiz und in Deutschland heute schon passiert. Das Land Steiermark hat etwa gerade eine Novelle des Baugesetzes in Arbeit. Dort könnte man die Solarpflicht sofort umsetzen, hofft Paiarl.

Sorgen, dass sich die Besitzer die Anlage nicht leisten könnten, teilt er nicht. „Ab 500 Quadratmetern Dach finde ich sofort einen Anbieter, der mir die Solaranlage auf eigene Kosten und eigenes Risiko hinbaut“, sagt Paiarl. Bisher sei es schwierig, die Eigentümer zu überzeugen, weil sich nicht sonderlich viel damit verdienen lasse. Bei 1000 Quadratmetern Dach komme man auf knapp tausend Euro im Jahr. Die Bürokratie beim Bau einer Solaranlage schrecke zudem viele potenzielle Interessen-

ten ab. Um das 100-Prozent-Ziel zu erreichen, müssten darüber hinaus auch die Freiflächen in Österreich stärker genutzt werden. In Summe seien 1000 Quadratkilometer an neuen Solarzellen notwendig.

Jeder Dritte will etwas ändern

Egal, ob der Ausbau der Erneuerbaren über die Stromkunden, direkte Förderungen oder über eine CO₂-Steuer finanziert werden wird, die Strom- und Netzkosten für die Konsumenten werden in jedem Fall steigen. „Eine saubere Umwelt gibt es nicht umsonst“, sagt Paiarl dazu. Leonhard Schitter fordert ein Umdenken in der Bevölkerung. „Die Menschen müssen verstehen, dass Klimaschutz die Aufgabe von allen ist.“ Bei einer Umfrage unter 1000 Österreichern habe sich zwar eine breite Mehrheit für die Energiewende bekannt. Über 70 Prozent aller Befragten waren jedoch der Ansicht, dass sich Politik und Industrie allein darum kümmern müssten. Nicht einmal jeder Dritte sah die Verantwortung auch bei sich.